

Reutlinger General-Anzeiger

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR REUTLINGEN UND DIE REGION

EU – Roaming-Gebühren sollen bis 2017 auslaufen

Telefonieren im Urlaub billiger

BRÜSSEL. Reisende können künftig deutlich günstiger im EU-Ausland telefonieren, im Internet surfen und SMS-Schreiben. Denn die sogenannten Roaming-Gebühren sollen am 15. Juni 2017 in der EU größtenteils auslaufen. Darauf einigten sich Vertreter der EU-Staaten und des Europaparlaments nach einer zwölfstündigen Sitzung in Brüssel.

Die zusätzlichen Gebühren fallen zugleich nicht vollständig weg, es soll sie laut EU-Kommission aber nur in Ausnahmefällen geben. Anbieter sollen entstandene höhere Kosten abrechnen können. Der Grund: Die Kosten für die Betreiber sind je nach Standort in Europa sehr unterschiedlich, wie ein Experte der Kommission erläuterte. Auf diesen Kostendifferenzen sollen die Anbieter nicht sitzenbleiben. Was das genau für Verbraucher

Heute mit der Sonderveröffentlichung

Einkaufen • Erleben • Entdecken
»Oberamtei-/Kanzleistraße RT«

bedeutet, sollen die EU-Kommission und die nationalen Aufsichtsbehörden bestimmen.

Anbieter dürfen zudem Einschränkungen machen, wenn Nutzer häufiger im EU-Ausland mobil telefonieren, surfen oder SMS schicken und nicht nur bei gelegentlichen Reisen.

Der österreichische Grünen-Abgeordnete Michel Reimon schimpfte, den Anbietern blieben »Schlupflöcher so groß wie Scheunentore«. »Auf der Rechnung wird statt Roaming einfach eine andere Gebühr stehen«, schrieb er auf seiner Internetseite. (dpa) Seite 31

INHALT

Politik	1-3
Baden-Württemberg	4
Weltspiegel	5-7
Stadt und Kreis Reutlingen	9-21
Stadt und Kreis Tübingen	22-24
Sport	27-29
Wirtschaft	30-32
Kultur	26+33
SERVICE	
Kino, Tipps + Termine	17
Fernsehen	25
ANZEIGEN	
Familienanzeigen	34+35

KINDER-GEA

Eure Seite heute auf 7

REGIONALWETTER

HEUTE	MORGEN
	
33° 17°	34° 21°

Viel Sonne und heiß

Heute: Den ganzen Tag über strahlt die Sonne vom blauen Himmel. Morgen: Das hochsommerliche Wetter setzt sich weiterhin fort. Seite 17

Integration – Reutlinger Vereine wollen mehr Angebote für Flüchtlinge machen Seite 29

Sport verbindet



FOTO: DPA

Finanzen – Griechische Regierung überrascht Geldgeber: Neue Hilfe von 29 Milliarden Euro erbeten

EU lässt Athen abblitzen

ATHEN/BRÜSSEL/BERLIN. Dramatischer Poker im griechischen Schuldenstreit: Athen und Brüssel haben gestern Last-Minute-Vorschläge auf den Tisch gelegt, um die gescheiterten Verhandlungen wiederzubeleben. Griechenland brachte kurz vor Toresschluss ein neues, drittes Hilfsprogramm ins Spiel, das unter anderem neue Finanzhilfen im Umfang von rund 29 Milliarden Euro vorsieht. Dieser Vorschlag wurde am Abend in Brüssel zurückgewiesen. Brüssel hatte Athen zuvor gedrängt, die Bedingungen der Geldgeber für das auslaufende zwei-

te Hilfsprogramm doch noch in letzter Minute anzunehmen. An der aktuell höchst bedrohlichen Situation der griechischen Staatsfinanzen kann die Athener Bitte allerdings kurzfristig nichts mehr ändern.

Die Finanzminister der Eurostaaten berieten gestern in einer kurzfristig einberufenen Telefonkonferenz über den neuen griechischen Hilfsantrag. Dabei kamen die Minister nach den Worten des finnischen Finanzministers Alexander Stubb zu dem Schluss, eine kurzfristige Verlängerung des griechischen Hilfspro-

gramms und ein Schuldenschnitt seien nicht möglich. Das teilte Stubb auf dem Kurznachrichtendienst Twitter mit. Dies hatte der griechische Premier Alexis Tsipras in seinem neuen Hilfsantrag ins Spiel gebracht. In dem Schreiben heißt es, dass Athen die Hilfen ausschließlich zur Ablösung fälliger griechischer Schulden im Zeitraum 2015 bis 2017 verwenden will. Demnach geht es um ein Volumen von 29,145 Milliarden Euro.

Nach den Worten von Kanzlerin Angela Merkel wird Deutschland aber vor dem für Sonntag geplanten Referendum

nicht über einen neuen Antrag Griechenlands beraten. »Bevor nicht ein Referendum – so wie es geplant ist – durchgeführt wird, werden wir über gar nichts neu verhandeln«, sagte sie vor dem Wirtschaftsflügel der Unionsfraktion im Bundestag in Berlin.

Aus Regierungskreisen erfuhr die Deutsche Presse-Agentur, wenn der griechische Premier Alexis Tsipras die für Sonntag angesetzte Volksabstimmung jedoch absage, könne eine neue Lage entstehen und unter Umständen früher beraten werden. (dpa) Seite 3

Innere Sicherheit – Verfassungsschutz warnt vor der Terrormiliz Islamischer Staat. Auch Bedrohung für die Bundesrepublik. Anzahl rechter Gewalttaten steigt

Terrorgefahr in Deutschland wächst

BERLIN. Rechtsextremisten haben 2014 so viele Gewalttaten verübt wie seit sechs Jahren nicht mehr. Trotzdem hält der Verfassungsschutz islamistischen Terrorismus aktuell für die größte Bedrohung in Deutschland.

Im Verfassungsschutzbericht 2014, der gestern in Berlin vorgestellt wurde, heißt es, je länger der Pseudostaat der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) existiere, desto größer werde die Terrorgefahr

in Europa. »Die militärischen Erfolge des IS und die Ausrufung des »Kalifats« haben zu einer neuen Dimension terroristischer Bedrohung geführt«, stellte der Inlandsgeheimdienst fest. Die IS-Miliz verfüge im Irak und in Syrien inzwischen über ein »logistisches Zentrum«, um auch komplexe Attentate in anderen Staaten zu koordinieren. Die Proklamation des sogenannten Kalifats und die militärischen Erfolge der Gruppe sorgten

bei Dschihadisten in Europa zudem für eine euphorische Stimmung.

Wie der Verfassungsschutzbericht feststellt, hat die Zahl der deutschen Rechtsextremisten im vergangenen Jahr von 7 400 auf 7 200 abgenommen. Allerdings zeigten sich die Neonazis und andere Rechtsextremisten zunehmend gewalttätig. Die Zahl der Gewalttaten von Rechten stieg im vergangenen Jahr um 24 Prozent auf 990. (dpa) Seite 3

Arbeitslosigkeit sinkt auf Rekordtief

NÜRNBERG. Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist mit 2,711 Millionen auf den niedrigsten Juni-Wert (6,2 Prozent) seit 1991 gesunken. »Der Arbeitsmarkt hat sich im Juni günstig entwickelt«, kommentierte der Chef der Bundesagentur für Arbeit. Bei der Arbeitsagentur Reutlingen und den Jobcentern der Landkreise Reutlingen und Tübingen waren im Juni 9 196 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet, rund 180 Menschen weniger als im Mai. Die Arbeitslosenquote blieb unverändert wie im Mai bei 3,4 Prozent. (dpa/GEA) Seiten 11 und 30

AUS DER REGION

Zwei Vereine – ein Projekt

PFULLINGEN/ENINGEN. Getrennt abstimmen, gemeinsam bauen. Die Mitglieder des VfL Pfullingen und des TSV Eningen entscheiden darüber, ob sie zusammen ein Sportvereinszentrum stemmen wollen. Seite 14

Ehrenamtliche gefragt

MÜNSINGEN. Die Zahl der Flüchtlinge steigt. Auch in Münsingen. Daher werden dort jetzt dringend weitere Unterstützer des Asylkreises gesucht, um die zeitliche Belastung Einzelner zu reduzieren. Seite 16



Bitte einsteigen

REUTLINGEN. Neue Linien, neue Haltestellen, verbesserter Takt, Tangenzialverbindungen für die Stadtteile: Gestern hat die Verwaltung ein ambitioniertes neues Stadtbuskonzept vorgelegt. Seite 9

Dependance gesucht

METZINGEN. Die Stadtbücherei in der Metzinger Kalebskeller ist längst zu klein. Deren Leiter Ulrich Koch möchte deshalb langfristig in der Äußeren Heiligenkeller eine Dependance einrichten. Seite 19

Viel schlagkräftiger

DUSSLINGEN/GOMARINGEN/NEHREN. Jede Gemeinde hat ihren Charakter bewahrt. Aber im gemeinsamen Verband sind sie schlagkräftiger. Bilanz der Bürgermeister nach 40 Jahren DuGoNe. Seite 24

SPORT

Weniger Sport in der ARD?

KÖLN. Die ARD erwäge nach dem TV-Deal des IOC mit dem US-Unternehmen Discovery den Umfang der eigenen Sportübertragungen herunterzufahren, sagte ARD-Sportkoordinator Axel Balkausky. Seite 27



Brown will Spaß haben

WIMBLEDON. Dustin Brown erreichte in Wimbledon die zweite Runde, nun trifft der Tennis-Profi aus Winsen auf Rafael Nadal, den er schon einmal besiegt hat. »Ich will Spaß haben«, sagt Brown. Seite 28

Heißes Torhüter-Duell

STUTTGART. Die beiden neuen Torhüter Mitchell Langerak (links) und Przemyslaw Tyton müssen sich beim Fußball-Bundesligisten VfB Stuttgart um den Posten zwischen den Pfosten duellieren. Seite 27

